

# NEIN ZUM KIFÖG

HESSEN  
**SPD**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Eltern,

die SPD teilt die Kritik von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern und den Trägern der Kindertagesstätten am angeblichen „Kinderförderungsgesetz“ (KiföG), das von CDU und FDP gegen den erklärten Willen tausender Betroffener beschlossen wurde.

Der Name des Gesetzes ist Etikettenschwindel! In Wirklichkeit verschlechtert das Gesetz die Rahmenbedingungen für die Kindertagesstätten. Dadurch steigt der Druck, die Kita-Gruppen größer zu machen, was die Betreuungsqualität gefährdet.

Wir wollen mit Ihnen, den Eltern, den Fachleuten, den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunalpolitikerinnen und -politikern in den Städten und Gemeinden über die Auswirkungen des Gesetzes diskutieren, Informationen und Meinungen austauschen.

Dazu laden die SPD Ortenberg und ich Sie herzlich ein!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



*Lisa Gnagl, MdB*

## **EINLADUNG** ZUR DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ZUM ANGEBLICHEN „KINDERFÖRDERUNGSGESETZ“

**DIENSTAG, 20. AUGUST 2013 • 20:00 UHR • BÜRGERHAUS ORTENBERG**

In das Thema führt der familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Merz (MdB), ein. Anschließend besteht die Möglichkeit für Fragen und zur Diskussion, u.a. mit den Landtagsabgeordneten Gerhard Merz und Lisa Gnagl sowie mit der Ortenberger Bürgermeisterin Ulrike Pfeiffer-Pantring.

# FAKTENCHECK

HESSEN  
SPD

**CDU und FDP behaupten:** Die Gruppengrößen bleiben wie bisher.

**Und das ist die Wahrheit:** Die Landesförderung richtet sich nach KiföG nach der Zahl der besetzten Plätze. Wer mehr besetzte Plätze hat, bekommt also mehr Geld. Ein klarer Anreiz für vollere Gruppen. Wer aus pädagogischen Gründen kleinere Gruppen will oder überhaupt nicht genug Kinder hat, um die Gruppen zu füllen, wird zukünftig noch mehr drauflegen müssen.

**CDU und FDP behaupten:** Das KiföG regelt keine Öffnungszeiten.

**Und das ist die Wahrheit:** Nach KiföG richtet sich die Höhe der Zuschüsse auch nach den Betreuungszeiten, und zwar in vier Staffeln: bis zu 25 Stunden, von 25 bis 35 Stunden, von 35 bis 45 Stunden und über 45 Stunden. Wer sich immer am unteren Ende orientiert, macht den besten Schnitt. Wer lange Öffnungszeiten anbietet, wer viele Ganztagsplätze hat, legt drauf. Damit wird es Eltern schwerer gemacht, Beruf und Familie zu vereinbaren.

**CDU und FDP behaupten:** Die Integration von Kindern mit Behinderung ist weiterhin möglich.

**Und das ist die Wahrheit:** Das KiföG macht keine Vorgaben zur dringend notwendigen Reduzierung der Gruppengröße bei Aufnahme von Kindern mit Behinderungen. Das ist kein Beitrag zur Inklusion – im Gegenteil: Hierzu sind kleinere Gruppen einfach unabdingbar.

**CDU und FDP behaupten:** Das Land zahlt so viel Geld für frühkindliche Bildung wie noch nie.

**Und das ist die Wahrheit:** Von den im Haushalt stehenden 444 Mio. € für 2014 und den 425 Mio. € pro Jahr für 2015 bis 2018 stammen über 220 Mio. € aus dem Kommunalen Finanzausgleich (das ist Geld der Kommunen) und rund 70 Mio. € aus Bundesprogrammen. Zur Zahlung von weiteren rund 100 Mio. € musste das Land erst durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs gezwungen werden, weil die Personalstandards durch das Land angehoben worden waren, ohne dass es dafür auch geradestehen wollte. Somit bleiben für das Jahr 2014 etwa 54 Mio. € Landesgeld, in den Folgejahren sinkt der Landeszuschuss auf rund 35 Mio. €.

**CDU und FDP behaupten:** Träger von Kindertageseinrichtungen bekommen „Planungssicherheit“.

**Und das ist die Wahrheit:** Der Landeszuschuss richtet sich nach dem besetzten Platz. Es wird damit für die Träger teuer, Plätze für in Kürze aufzunehmende Kinder freizuhalten. Sinkende Nachfrage muss mit einkalkuliert werden, Personal wird deshalb mehr befristet beschäftigt werden. Das führt zu Just-in-time-Pädagogik und nicht zu Planungssicherheit.

**CDU und FDP behaupten:** Mit dem KiföG gewinnen Kinder, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher.

**Und das ist die Wahrheit:** In Wiesbaden, Frankfurt, Friedberg und vielen anderen hessischen Städten haben zehntausende Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie Träger von Kindertageseinrichtungen gegen die Verabschiedung des KiföG demonstriert, weil sie eine Verschlechterung der Betreuungsqualität befürchten. Über 140.000 Bürgerinnen und Bürger haben eine Petition gegen das KiföG beim Landtag eingereicht. CDU und FDP haben das Gesetz trotzdem beschlossen – gegen den erklärten Willen tausender Betroffener!